

Förderbedarf...

(Fortsetzung von Seite 9)

Projekt „Lesen-Schreiben-Rechnen“ erwies sich als effizient, da dadurch ein intensiverer Kontakt der Förderkräfte mit den Lehrern entstehen konnte. Der Rat der Stadt Köln habe beschlossen, an allen Schulen, die sich freiwillig beteiligen wollen, eine umfassende und standardisierte Erhebung durchzuführen, auf deren Grundlage die zukünftige Förderung der Kinder vorgenommen werden könne, hieß es. Nach Ansicht der Stadt Köln handelt es sich jedoch bei der freiwilligen flächendeckenden Erhebung in den Grundschulklassen um eine innere schulische Angelegenheit. Nach der von Witzel geäußerten Auffassung der FDP gehört eine freiwillige flächendeckende Erhebung an Grundschulen jedoch nicht zu den inneren schulischen Angelegenheiten. Den Schulen solle es freigestellt sein, diese Art der Erhebungen durchzuführen. Darüber hinaus müsste es den Städten in NRW auch im Rahmen des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 15. Juli 1996 ermöglicht werden, durch eine Erhebung den Förderbedarf in den Städten ermitteln zu können. In ihrer Antwort wies Schulministerin Gabriele Behler (SPD) darauf hin, dass eine flächendeckende Überprüfung im Hinblick auf einen möglichen Förderbedarf bei Schülerinnen und Schülern der Kölner Grundschulen durch Bedienstete oder Beauftragte des Schulträgers nach § 19 Abs. 5 SchVG ausgeschlossen sei. Sie betonte, die Ermittlung eines Förderungsbedarfs zähle nicht zur Erfüllung der dem Schulträger gesetzlich übertragenen Aufgaben. Die Förderbedarfe der Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen würden an den einzelnen Grundschulen ermittelt. Die Ministerin schloss, das Land NRW stelle Maßnahmen zum Ausgleich von Defiziten in den Bereichen „Integrationshilfen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund“, „Silentien“, „Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Erlernen des Lesens und Recht Schreibens“ sowie „Förderunterricht im Rahmen der Stundentafel für die Grundschule“ zur Verfügung (Drs. 13/173).

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grün-
er (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin: Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer:
Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamen-
tarische Geschäftsführerin: Johannes Remmel
MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsfüh-
rer: Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent:
Notker Becker (CDU), Pressesprecher: Michael
Block (FDP), Pressesprecher: Rudolf Schumacher
(GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Zwei Ziele hat sich die neue Vizepräsidentin des nordrhein-westfälischen Landtages, Edith Müller, für ihre künftige Tätigkeit gesetzt: Gemeinsamkeiten zwischen Regierungs- und Oppositionsfractionen künftig stärker hervorzuheben und das Düsseldorfer Landesparlament „ein wenig“ zu europäisieren.

Nach den bisherigen parlamentarischen Erfahrungen der Abgeordneten der Bündnisgrünen gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten aller Fraktionen, die es erforderten, „an einem Strang zu ziehen“ und über die Parteigrenzen zu agieren. Das habe sie in Brüssel gelernt, unterstreicht die Vizepräsidentin, die von 1994 bis 1999 dem Europäischen Parlament angehörte.

Diese frühere Tätigkeit ist für sie auch Ansporn, bei den Landtagsabgeordneten ein stärkeres Interesse für den europäischen Einigungsprozess zu wecken.

„Der Landtag sollte sich als europäischer Pulsgeber verstehen und das nicht allein der Regierung überlassen.“ Besonders wichtig hält sie eine enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern NRW's, aber auch die Ost-Erweiterung sollte der Landtag durch gegenseitige Parlamentarier-Besuche unterstützen. Von der geplanten Kompetenz-Neuordnung erwartet Frau Müller, dass nicht nur dem Bund Zuständigkeiten zurückgegeben werden, sondern auch die Länder zusätzliche Kompetenzen erhalten; beispielsweise in der Agrarpolitik.

Die gebürtige Kaldenkirchenerin, Jahrgang 1949, ein Glied der so genannten „Generation der 68er“, beteiligte sich als Jura-Aspirantin aktiv an den damaligen zahlreichen Studentendemonstrationen, focht für mehr Demokratie. Das Land Hessen bot ihr 1970 ein zweijähriges Stipendium in Spanien. Dort wollte die Jura-Studentin eine rechtsvergleichende Studie erarbeiten, doch damals herrschte in Madrid noch der Diktator Franco, war die freie Meinung tabu. Als Reaktion schloss sich Edith Müller den damals verbotenen spanischen Kommunisten an, landete im Gefängnis und wurde des Landes verwiesen.

In Deutschland setzte sie ihr Studium wieder fort, engagierte sich in den maoistischen K-Gruppen und später in der DKP, was ihr wieder Ungemach bereitete. Als der kämpferischen Bürgerrechtlerin immer deutlicher wurde, dass deren Ziele nicht den Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung entsprachen, trennte sie sich von der Partei und zählte 1979 zu den Gründungsmitgliedern der nordrhein-west-



Vizepräsidentin Edith Müller

fälischen GRÜNEN. „Wir wollten aus der außerparlamentarischen Opposition eine parlamentarische Kraft werden, wollten mitentscheiden.“

Danach übernahm sie verschiedene Aufgabengebiete bei den GRÜNEN, war auch im nationalen Sekretariat von Amnesty International (AI) tätig und legte zwischendurch das 2. Staatsexamen ab. Der damalige hessische Umwelt- und Bundesratsminister, Joschka Fischer, wurde 1991 auf seine engagierte Parteifreundin aufmerksam und holte sie in die Bonner Landesvertretung.

Parlamentarische wie auch internationale Erfahrungen gewann die Kölnerin als Abgeordnete des Europäischen Parlamentes in den Jahren 1994 bis 1999. Für ihren Wiedereinzug nach der letzten Europa-Wahl reichte nicht das Stimmenergebnis der GRÜNEN.

Dass Edith Müller über die Parteigrenzen hinaus Anerkennung gewonnen hat, beweist ihre anschließende Berufung zur Referatsleiterin „Europa und Internationales“ durch den inzwischen verstorbenen Kölner CDU-Oberbürgermeister Harry Blum unmittelbar nach der Kommunalwahl im Herbst letzten Jahres. Dieser neuen Herausforderung stellte sie sich bis zu ihrer Wahl in den Düsseldorfer Landtag im Mai.

Vielseitig wie ihr politischer Werdegang sind auch ihre Hobbys. Musik von Bach über Beethoven bis zu den Beatles, Tanz, Reiten – und auch in der Freizeit widmet sie sich dem Entstehen des Hauses Europa.

Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)